

Kurz notiert

Informationsveranstaltung zu Studienmöglichkeiten in Frankreich
Am 11. Dezember, 16.15 bis ca. 17.30 Uhr, findet eine Informationsveranstaltung zum Thema „Studienmöglichkeiten in Frankreich...“ statt.

Physik-Kolloquium Leipzig
Am Dienstag, dem 11. Dezember, 16.15 Uhr, spricht im Großen Hörsaal der Sektion Physik, Linnéstraße 5, Leipzig, 7010, Herr Prof. Dr. H. Fritsch, Institut für Theoretische Physik der Sektion Physik der Universität München, zum Thema „Der Urknall: die Physik vom Anfang der Welt“.

Volleyball-Oberliga
Die Volleyball-Damen des Universitätsportclubs Leipzig besetzen in der Oberliga Ost am 12.12., 18.30 Uhr, in der Sporthalle Brüderstraße ihr letztes Punktspiel gegen den Ortsverein Sportclub Leipzig.

Öffentliche Diskussion
Der Lehrstuhl Massenmedien und kulturelle Kommunikation der Sektion Journalismik stellt sich am 11. Dezember, 17 Uhr, im Hörsaal 4 der öffentlichen Diskussion zum Thema „Medienkultur im Umbruch? Ansprüche und Möglichkeiten in der Vergangenheit und für die Zukunft“.

Promotionen
Promotion A

Bereich Medizin
Petra Lohs und Carsten Lohs (Kollektivarbeit), am 13. Dezember, 13 Uhr, 7010, Händelstraße 16/18, Konferenzraum des Instituts für Pharmakologie: Tierexperimentelle und klinische Testungen von Gallussäurederivaten sowie Cetyl- und Stearylalkohol.

Andreas Gruner, gleiche Zeit und gleicher Ort: Erythrozytenverteilung und „buffy coat“ Analyse als Einflussgröße für die mit dem Differentialblutbild beurteilte Fließfähigkeit des Blutes.

Pietro Nenoff, gleiche Zeit und gleicher Ort: Immunhistochemischer Nachweis von Kerafin bei dermatologischen Erkrankungen.

Conrad Zeumer, gleiche Zeit und gleicher Ort: Elektromyographische Untersuchungen am Spinkiter Okdi des Kaninchens im chronischen Versuch.

Gabriele Morgenstern, am 13. Dezember, 14.15 Uhr, 7010, Nürnberger Straße 57, Demonstrationsraum der Sektion Stomatologie: Das Retinoblastom - zum Einfluss klinischer und histologischer Parameter auf die Letalität.

Jürgen Pfeiffer, gleiche Zeit und gleicher Ort: Kryotherapie des intraokulären Melanoms - tierexperimentelle Untersuchungen mit dem GREENE-Melanom an der Aderhaut des Kaninchens.

Wolf Treppschub, gleiche Zeit und gleicher Ort: Integration von Patienten mit Lippen-, Kiefer-, Gaumen-, Segelepithel in das Sozialgefüge der Gesellschaft, eine Erfolgsbeurteilung ihrer Rehabilitation an Hand von 594 an der Wolfgang-Rosenthal-Klinik Thallwitz nachuntersuchten Probanden.

Monika Schwarzbach, gleiche Zeit und gleicher Ort: Die Ausbreitbarkeit des optischen Nystagmus bei terminogerecht Neugeborenen, Frühgeborenen und Risikogeborenen, ein Beitrag zur Früherkennung von Hirnfunktionsstörungen.

Sektion Chemie
Cao Wei, am 13. Dezember, 13 Uhr, 7010, Talstraße 35, Hörsaal 2: Heterodimerisierungsreaktionen zu neuen Thiopyridinderivaten und Folgereaktionen zu Farbstoffen und Farbstoffvorstufen.

Impressum

Herausgeber: Rektor der KMU
Chefredakteur: Helmut Rosan
Redaktion/Redaktionsbeiräte: Wissenschaft: Jürgen Siewert (stellv. Chefredakteur), Prof. Dr. sc. Günter Katsch, Prof. Dr. sc. Manfred Neuhäus, Doz. Dr. sc. Karl-Wilhelm Haake, Dr. Roland Milder; Bildung: Prof. Dr. Jürgen Gnabitsch, Dr. Caterina Schmidt; Gesellschaftliches Leben/Kultur: Dr. Elke Leinhold (Redakteur), Britta Kühne, Henner Kotte, Dr. Manfred Renner; Vertrieb/Finanzen: Doris Böner; Adresse: Augustusplatz 9, PF 920, Leipzig, 7010, Tel. 71 92 126/27; Satz und Druck: Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH III/18/138. Herausgegeben unter der Registrierungsnummer L 65 des Rates des Bezirkes Leipzig. Einzelpreis: 15 Pfennig, 34. Jahrgang, erscheint wöchentlich. Die veröffentlichten Texte sind nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers und der Redaktion identisch. Redaktionsschluss: Montag, 12 Uhr.

„Papier“-Ausstellung in der DB



Eine Sonderausstellung im Deutschen Buch und Schriftmuseum der Deutschen Blicherei ist dem Jubiläum 600 Jahre Papiergewerbe in Deutschland gewidmet.



Ein Blick in die Ausstellung lohnt sich bestimmt nicht nur für Insider, denn viele Exponate präsentieren sich zum ersten Mal der Öffentlichkeit.

Zugestimmt

Im November hat die Volkswagen-Stiftung dem gemeinsamen Projektantrag des Instituts für Arbeitsmedizin der Universität (Prof. Dr. med. Schreinicke) und dem Institut für Arbeitsphysiologie an der Universität Dortmund (Prof. Dr. Ing. W. Laurig) zugestimmt.

Das Aufgabenprojekt entstand auf der Grundlage einer bereits seit 1988 bestehenden Wissenschaftskooperation beider Institute. Das Thema des Projekts lautet: „Erarbeitung quantitativer cardiovascularer Beanspruchungsmaße bei informativischer Arbeit“.

Die Laufzeit des Vorhabens beträgt 3 Jahre. Es arbeiten insgesamt 7 Wissenschaftler an diesem Projekt.

Logiklehre

Der Bereich Logik und logische Methodologie des Fachbereiches Philosophie bietet für das Frühjahrsemester 1991 für Hörer aller Fakultäten Lehrveranstaltungen zu folgenden Themen an: Einführung in die Logik (Prof. Kreiser, Doz. Dr. Steinacker), Klassische Logik (Doz. Dr. Urchs), Nichtklassische Logik (Intensionale Logik, Nichtklassische Folgerungssysteme, Modallogik, Modelltheorie - Doz. Dr. Steinacker, Doz. Dr. Urchs), Freges Logik und Sprachphilosophie (Prof. Kreiser), Logische Methodologie (Erklärungen, Begriffsbildungen, Logik für Geisteswissenschaftler - Prof. Terlon, Dr. Raatzsch). Die Modalitäten sind zu erfragen in der Studienabteilung des Fachbereiches Philosophie.

An alle ausländischen Studierenden und Angestellten!

Hiermit laden wir zu einer außerordentlichen Vollversammlung zum Thema „Beschlussfassung über die zukünftige Vertretung ausländischer Studierender an der Universität“ ein. Ort: Hörsaal 11 Datum: 18. Dezember 1990 Zeit: 18 Uhr Einladet: Provisorische Kommission zur gegenwärtigen Vertretung ausländischer Studierender Außerdem informieren wir vorab: Am 8. Januar 1991, 19 Uhr, findet eine Vollversammlung aller ausländischer Studierender und Angehörigen der Universität, an der auch Prorektor Prof. Wartenberg teilnehmen wird, mit folgendem Programm statt (Ort: Hörsaal 11): - Kandidaten für die Position des Ausländerbeauftragten stellen ihre Konzeptionen vor und beantworten Fragen. - Ermittelt wird der Kandidat des größten Vertrauens, der dem Senat zur Ernennung vorgeschlagen wird.

Herr Dozent Dr. Kranepuhl, Sie vertreten künftig mit anderen Mitarbeitern und Vertrauensleuten die DEBEKA, die Deutsche Beamtenkasse, den größten privaten Krankenkassenversicherer Deutschlands, an der Universität. Glauben Sie, daß die private Krankenversicherung hier überhaupt eine Chance hat?

Das glaube ich ganz sicher. Vor allem, weil die privaten Krankenkassen in den alten Bundesländern ein wesentlich höheres Leistungsangebot haben als die gesetzlichen. Die Ersatzkassen eingeschlossen. Wer also an der Universität künftig im geistigen Hochleistungsbereich tätig sein will, muß auch Wert auf qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte unverzügliche Versorgung im Krankheitsfall legen, also auch Behandlung durch den Privatarzt, die Privatklinik, den Psychologen und den Heilpraktiker oder durch den Spezialisten nach freier Wahl. Die „Privaten“ sichern Zweitbettzimmer bei einer Krankenbehandlung zu. Sie sind großzügiger bei der Bezahlung erforderlicher Medikamente usw. Der Versicherte bezahlt zunächst die Leistung und erhält sie dann von der Kasse zurück. Über das gesamte Leistungsangebot müßte man sich schon informieren. Es differenziert sich bei den einzelnen Kassen in den alten Bundesländern. Hier in den neuen ist es zunächst wettbewerbsneutral bei allen Anbietern gleich - bis das hiesige Gesundheitswesen die Leistungen erbringen kann. Da die Tendenz aber zur Angleichung an das westliche Niveau gehen muß, ist der Blick über den Tellerrand durchaus angebracht und hier war für 1988 die DEBEKA die Versicherung mit der höchsten Leistungsquote, d. h. dem Verhältnis von Beiträgen zu Leistungen und zurückgezahlten Beiträgen. Dieses betrug 100:105,2. (FAZ 6. 9. 1989)

Apropos Beitrag...? Dieser wird bei einer „Privaten“ ganz anders berechnet. Während er sich bei der „Gesetzlichen“ nach dem Einkommen richtet und der Überschuss der Solidargemeinschaft der Krankenversicherten zugute kommt, richtet er sich bei der „Privaten“ statistisch gesehen nach dem Preis-

Leistungsverhältnis. Wer jünger ist, länger in der Versicherung bleiben kann und weniger krank sein würde, zahlt weniger. Da er aber länger zahlt, bleibt der einmal festgelegte Monatsbeitrag unverändert. Es sei denn, die Versicherung muß die Beiträge insgesamt ändern. Wie hoch ist denn nun ein solcher Beitrag? Hier gilt für die DEBEKA in den neuen Bundesländern zunächst der einheitliche

Basistarif spezial. Nach diesem müßte ein Mann, der mit 20 Jahren eintritt, 96,10 DM zahlen, mit 40 Jahren sind es 157,40 und mit 60 247,60 pro Monat. Während nun der Selbständige wie bei jeder Versicherung diesen Beitrag voll bezahlen muß, erhält jeder andere Arbeitnehmer seinen Anteil zur Krankenversicherung vom Arbeitgeber zugezahlt. Er muß also nur die Differenz bezahlen. Die künftigen Beamten, an die sich die DEBEKA ja vorrangig wendet, erhalten je nach Familienstand 50 % bis 80 % Beihilfe. Außerdem gebören die Beiträge zu den Vorsorgeaufwendungen und sind von der Steuer absetzbar.

Wer kann sich denn nun versichern lassen? Zunächst einmal jeder, der aus der gesetzlichen Pflichtversicherung herausgenommen ist. Das gilt für die Beamten, für

Was ist, will und kann die DEBEKA? Im Gespräch mit Dozent Dr. Peter Kranepuhl

die Selbständigen, also auch für die Ärzte und Juristen unter ihnen. Es ist möglich für diejenigen, deren Einkommen monatlich über der Bemessungsgrenze von 2250,- DM pro Monat liegt. Diese Bemessungsgrenze ist in den westlichen Bundesländern wesentlich höher. Sie gilt hier vorerst bis 1991.

Und was ist nun, wenn ich nicht krank werde? Es ist gut, daß Sie danach fragen. Da für die private Krankenversicherung das Preis-Leistungs-Prinzip gilt, erhält der Kunde Geld zurück, wenn er keine Leistungen in Anspruch nimmt. Natürlich nur einen Teil. Bei der DEBEKA sind das - wohl gemerkt - vorerst wegen der niedrigen Beiträge hier noch nicht - immerhin vier volle Monatsbeiträge (Arbeitgeberanteil bzw. Beihilfe eingeschlossen), wenn keine Leistungen in Anspruch genommen worden sind. Das verlangt vom Versicherten eine ungewöhnliche Verhaltensweise. Er muß rechnen, ob er entweder kleinere Arzt- und Medikamentenkosten oder ob er die Beitragsrückzahlung einfordert.

Mit dieser Regelung schützt sich die Gemeinschaft der Versicherten in gewisser Weise auch vor einem Mißbrauch. Grundsätzlich gilt aber: Wer krank ist, soll die hohen Leistungen in Anspruch nehmen.

Ausschreibungen

Hausmeister für verschiedene Objekte Anforderungen: Facharbeiterabschluß in einem handwerklichen Beruf, vielseitige Arbeitsfertigkeiten, Belastbarkeit, Zuverlässigkeit und Selbständigkeit in der Arbeit Tarif B 8 Objekte:

1. Hausmeister für das Hochhaus, zugeordnet zur Allgemeinen Verwaltung Stadtmitte 2. Hausmeister für das Studentenwohnheim Straße des 18. Oktober, zugeordnet zur Hauptabteilung Wohnheim

3. Gästehaus Ritterstraße, zugeordnet dem Akademischen Auslandsamt Heizer im Drei-Schichtsystem im Altbau Ritterstraße, zugeordnet zur Allgemeinen Verwaltung Stadtmitte

Anforderungen: Handwerkliche Fertigkeiten, entsprechende Qualifikationen (Lehrgänge) und hohe Belastbarkeit Tarif B 7

Aufsichtskraft im Hörsaalgebäude im Zweischichtsystem, zugeordnet zur Allgemeinen Verwaltung Stadtmitte

Anforderungen: Hohe Einsatzbereitschaft, Gewissenhaftigkeit und gute Umgangsformen Tarif B 6

Schichtleiter (männlich) im Bereich Ordnung und Sicherheit ab 1. 1. 1991, zugeordnet der Abteilung Allgemeine Verwaltung Stadtmitte

Anforderungen: Facharbeiterabschluß, Erfahrungen und Kenntnisse in der Arbeit mit Arbeitnehmern, Zuverlässigkeit, hohe Belastbarkeit und Organisationsvermögen Tarif B 7

Telefonistin Einsatz im Hauptgebäude, zugeordnet zur Allgemeinen Verwaltung Stadtmitte

Anforderungen: Facharbeiterabschluß (Post-/Fernmeldewesen), schnelle Auffassungsgabe, Redegewandtheit und klare Aussprache

Bewachungskraft Einsatz im Neubau, zugeordnet zur Allgemeinen Verwaltung Stadtmitte

Anforderungen: Gute Umgangsformen, Zuverlässigkeit und hohe Einsatzbereitschaft (Schichtdienst vorgesehen) Tarif HFF 4

Transportarbeiter im Neubaukomplex, zugeordnet zur Allgemeinen Verwaltung Stadtmitte

Anforderungen: Facharbeiter- bzw. Teilfacharbeiterabschluß, Befähigungsnachweis für Gabelstapler, hohe physische Belastbarkeit und Zuverlässigkeit Tarif B 7

Reinigungskraft im Altbau Ritterstraße, zugeordnet zur Allgemeinen Verwaltung Stadtmitte

Anforderungen: Bedienung von Reinigungsmaschinen, Selbständigkeit und Zuverlässigkeit in der Arbeit Tarif B 7

Bewerbungen sind an die Leiter der entsprechenden Struktureinheiten zu richten.

Das Forum

Mittelbau braucht eigene Organisation

Wer kümmert sich um den akademischen Mittelbau?

Wer erstrebt das im Grundgesetz zugesicherte Recht auf Freiheit der Wissenschaft für den akademischen Mittelbau?

Wer fordert demokratische Mitbestimmung?

Wer verhindert, daß die deutsche Einheit im Hochschulwesen ausschließlich zu Lasten des akademischen Mittelbaus geht?

GEW, ÖTV und Personalleute setzen sich auch für die Angehörigen des akademischen Mittelbaus ein, sind jedoch nicht in den Selbstverwaltungsorganen der Universität wie Instituts-, Fachbereichs-, Fakultätsräte, Konzil oder Senat präsent. Hier braucht der akademische Mittelbau wie die Studenten im Studententag und die Hochschullehrer in ihren Verbänden eine eigene Organisation, um seine Interessen mit Nachdruck vertreten zu können.

Deshalb sollten alle wissenschaftlichen Mitarbeiter (Oberassistenten, Assistenten, Lektoren, Kustoden, Lehrer im Hochschuldienst usw.) sowie Aspiranten und Forschungsstudenten aller Einrichtungen unserer Universität sich zusammenschließen, ihre Vertreter wählen, die im Sprecherrat mitwirken und die spezifischen Interessen des akademischen Mittelbaus vertreten. Wir schlagen vor, daß sich alle Mitglieder gewählter Selbstverwaltungsgremien der Universität, die dem akademischen Mittelbau angehören, gemeinsam mit dem Sprecherrat zu einem Konvent (Mitarbeiterparlament) oder ähnlichem zusammenschließen, um Erfahrungen auszutauschen und Probleme zu beraten sowie gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Im Frühjahr sollte dann aus diesem Konvent oder einer anderen, noch zu findenden Form einer Vertreterversammlung ein neuer Sprecherrat gewählt werden. Bis es soweit ist, bitten wir die Kollegen, die noch keinen eigenen Sprecher gewählt haben, dieses so bald als möglich zu tun.

Diese demokratisch legitimierten Vertreter melden sich bitte beim provisorischen Sprecherrat: Dr. sc. S. Brentjes, Hauptgebäude 2-12, Tel.: 7 19/22 21; Dr. sc. M. Gibas, Hochhaus, 24. Etage, Tel.: 7 19/33 35; Dr. W. Naumann, Sektion Biowissenschaften, Talstr. 33, Tel.: 7 16/53 55. Für den Provisorischen Sprecherrat des akademischen Mittelbaus S. Brentjes

Ich unterscheide folgende Beweggründe für die Verknüpfung von Eigenen mit dem Namen einer Universität: 1. Würdigung des Begründers, geistigen Vaters oder Stüfers der Einrichtung (z. B. Humboldt-Uni, Ludwig-Maximilians-Uni), 2. Würdigung eines außergewöhnlichen Universitätsangehörigen (Studierender, Lehrkraft) (z. B. Friedrich-Schiller-Uni), 3. Würdigung eines prominenten Gelehrten, der mit dem Ort der Universität verbunden ist (z. B. J. W. Goethe-Uni). Schließlich hat sich nach der kommunistischen Machtergreifung in Rußland und später in der gesamten UdSSR die Namensgebung 4. als Mittel der Kanonisierung von Politikern und Ideologen sozialistischer oder kommunistischer Prägung verbreitet. Die betreffenden Universitäten hatten die meisten davon niemals betreten. Die Initiatoren erhofften sich damit Vorteile bei der Einordnung in die Rangliste von Verteilungsschlüsseln, einen Werbeeffekt für den Namensträger und einen Knüttel gegen Opponenten dieses Geistes. Gelegentlich wurden derartige Namen auch als „Anerkennung“ für besonderen Konformismus „verliehen“.

Offenbar gehören „Karl-Marx-Universität“ und „Wilhelm-Pieck-Universität“ zur Kategorie 4. Entsprechend der Rangfolge auf Geldschüsseln (Karl Marx = 100 Mark, Friedrich Engels = 50 Mark, J. W. Goethe = 20 Mark usw.) galt Marx als kanonisierungswürdiger deutscher Vertreter der kommunistischen Ideologie.

Nun hat sich gerade diese in einem klirrend beendeten quälenden Experiment als unbrauchbar erwiesen. Darin wird die Namensgebung zur Belastung, weniger weil Marx in seiner Bedeutung erheblich überschätzt wurde, als vielmehr weil der Name benutzt worden ist, um damit die Universitätsangehörigen und Studierenden auf eine unangenehme Weltanschauung festzulegen.

In derartigen Fällen ist Umbenennung die einzige akzeptable Konsequenz, weil andernfalls 1. die Nötigung in- und ausländischer Studierender zur Inskription angesichts der kompromittierenden Assoziation Marx in Kommunismus zurückgehen wird, 2. die Berufschancen der Absolventen mit Marx im Zeugnis fallen, vornehmlich in den Industrieländern und im Nahen Osten, 3. der Eindruck nicht schwindet, daß an der Leipziger Universität die ehemaligen SED-Mitglieder besonders hartnäckig jeden Fortschritt in Richtung ideologiefreier Ausbildung aufhalten können, ohne vom Mehrheitswillen des Volkes Nutzen nehmen zu müssen.

Eine sog. Urabstimmung der Universitätsangehörigen würde vermutlich die in den letzten Jahrzehnten zwangsweise erreichte SED-Konformität der Angestellten und Studierenden widerspiegeln, also einer Mehrheit der Verlierer des 18. März und des 14. Oktober 1990 die Entscheidung überlassen, und nur ausweisen, wie sehr die Universität noch vom Geschehen in Leipzig und Sachsen isoliert ist. Die Namen „Wilhelm-Pieck-Universität“, „Shdanov-Universität“ u. a. sind schnell beseitigt worden. Die langjährige Diskussion in Leipzig ist für sich genommen schon schädlich.

Unabhängig vom Zeitpunkt der einmaligen Umbenennung verwenden jetzt schon viele Universitätsangehörige (mich eingeschlossen) den Namen nicht mehr. Kriterium der Wahrheit war die Praxis.

Prof. P. PAUFLEB, Sektion Chemie/Kristallographie

Vertrauensaus-schluß macht mehr

LUZ 37/90: Wir sind befriedigt, daß die Anregung der StudierendenkonzeptionsnehmerInnen realisiert ist.

Diese StudentInnen hatten den Senat in einem Brief (LUZ 24/90 v. 2. 9. 90) angeregt, eine Vertrauenskommission mit der Aufgabe einzusetzen, „Entgegennahme und Prüfung von Anträgen zur Untersuchung von oder Verteidigung gegen Anschuldigungen“. Im Sinne dieser Anregung wurde am 13. Juli 1990 im Akademischen Senat die Bildung der Kommission beschlossen. Der Beschluß beinhaltet weiterhin, daß die Veröffentlichung der Kommission, d. h. ihrer Zusammensetzung in der Universitätszeitung erfolgt.

Leider ist die dementsprechende Information (LUZ 37/90) durch den Ausschlußvorsitzenden Prof. Meißner aus folgenden Gründen nicht vollständig. Trotz der besonderen Brisanz, die zweiwöchiger der MIS/AI/NS-Frage kommt, ist es für uns wichtig, auch auf die anderen Bereiche, die ebenfalls von der Kommission zu behandeln sind, hinzuweisen. Durch das gesellschaftliche Zusammenspiel der staatlichen und gesellschaftlichen Organe, Parteien und Institutionen der DDR macht es sich jetzt erforderlich, aus politischen Gründen zu Unrecht angegriffene und diskriminierte zu rehabilitieren. Auch deren Anträge sollen behandelt werden. Verständlicherweise ist die Antragstellung nicht nur Uni-Angehörigen möglich.

Außerdem macht es die Sensibilität des Arbeitsgegenstandes für die Öffentlichkeit besonders wichtig, die Zusammensetzung der Kommission zu benennen; wer in dieser Kommission mitarbeitet, müßte mit der Bekanntgabe seines Namens einverstanden sein.

Olar Herold, StuKa-Sprecher

Panorama lassen

Liebe Leute, laßt das Panorama nicht sterben! Setzt Euch zusammen und findet eine Lösung.

Das Panorama ist ein Stück Kultur! Viel Glück weiterhin, wünscht Euch Familie Geisel

Anzeige

Attraktiver Nebenjob

Gastronomiebetrieb sucht Aushilfskräfte für Service- und Thekenbereich. Interessenten/-innen melden sich bitte montags bis freitags in der Zeit von 8 bis 17 Uhr unter der Telefonnummer 4 93 21 05.